

Salzzeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am Donnerstag, am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-Gebühren betragen in Stadt und Land monatlich durch die Post bei Vorzahlung monatlich M. 30.00, in den Anzeigenblättern abgesehen M. 25.00 monatlich. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste im Oktoberheft M. 3.00, in auswärtigen Bezirken M. 5.00. Reflektoren der 100-Millimeter-Zelle Nr. 15.00 im Oktoberheft und M. 20.00 in auswärtigen Bezirken. Anzeigen-Abdruck: zehn Uhr vormittags.

Lloyd Georges Gegenwortschläge.

Das Ringen um ein Kompromiß / Poincares Chancen wachsend / Der Kanzler über die Einheit des Reichs / Die Verfassungsfeier in Berlin / Hardings Glückwunsch an Ebert.

Verfassungsfeier im Reichstag.

Die Rede des Staatspräsidenten Hummel.

Die Verfassungsfeier im Reichstage nahm Sonntag 12 Uhr ihren Anfang. Zwischen der großen Tribüne und dem Bismarckdenkmal hatte eine verstärkte Ehrenkompanie der Reichsmusik Aufstellung genommen. Kurz vor 12 Uhr erschien der Reichspräsident und schritt mit dem Reichstanzler die Front der unter General führenden Kompanie ab. Der Reichstagssaal selbst war festlich geschmückt. Um die Empore, um die Regierungsgäste, die Reichsverbände sowie sich Sitzende. Die Front der Tribüne schloß sich ein Band in den Reichsfarben von Weißer zu Rotem. In jeder Höhe hingen die Wappen sämtlicher Bundesstaaten. Der Kanzler hinter der Rednertribüne war ein Spruch mit großer Schrift beschriftet: „Einigkeit und Recht und Freiheit“, darüber der Reichsadler. Das aus der Tribüne vordringende, zwanzig Jahre alte Volk und Regierungsmitglieder verteilte. Nur das Reichsdiplomatische Personal besaß an seinem gewohnten Platz. Der Reichspräsident nahm, von der Vermählung durch Erbeben von den Säulen beherrsch, in der früheren Hofloge Platz. Dann hielt nach einem einleitenden Rückblick der kaiserliche Staatspräsident Hummel die Festrede.

Er begann mit einem Rückblick auf die Entwicklung der Verfassung seiner badischen Heimat, das älteste Verfassungsland. Die heutige Reichsverfassung, so führte er aus, habe den Weg zur höchsten Verfassungsmethodik aller Völkerstaaten. Das deutsche Volk werde es nie mehr zaudern, das an dieser Grundlage gerichtet werde. Drei Hauptaufgaben gelte es mit dem Geist der Verfassung zu erfüllen. Die Würdigkeit, die Jugend und das Geistesleben. Dann erst könne das deutsche Volk unter der schmerzvollen Last der Gegenwart glücklich leben. Die Weltwirtschaft müsse erkennen, daß die Welt auf Frieden und Wohlstand mit dem Staat zu erbauen sei. Gerade die letzten Tage hätten das so deutlich gezeigt, daß die Einheit allgemein sein dürfte. Weisen Schritten unserer Jugend lauge die Verfassung heute noch wenig. Der Mut ihrer Väter müsse nochmals hart rüdemarks geben. Sie allein müßte die dritte der Mächte, das Geistesleben mit dem Geiste der Verfassung erfüllt werden. Seit dem dieses Ziel erreicht sei, könne die Welt friedlich blühen, die Jugend in Kraft und Freiheit heranwachsen und das Geistesleben einen neuen Aufstieg erleben. Deutschlands Verhältnis zu den anderen Völkern sei ausschließlich auf den Friedensgedanken gestellt. Es gelte daher, auch dem Reichsdiplomaten in seinen Grenzen immer mehr um die Einheit zu denken. Deshalb begrüße er besonders, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bayern und dem Reich bestritten seien. Das sei ein gutes Zeichen. Ein jeder Deutsche dürfe und müsse seine Heimat lieben, aber Deutschland gehe doch über alles.

Festakt im Schauspielhaus.

Die Feier des Verfassungsstages fand im Staatschauspielhaus ihre Fortsetzung. Hier ergab Reichspräsident Ebert das Wort. Er führte aus:

„Wir haben heute am ganzen Reihe des Tages festlich beobachtet, der uns vor drei Jahren die neue Lebensordnung unseres Staates, die Reichsverfassung von Weimar gebracht hat. Diese Reichsverfassung von Weimar, so tief und weit sie begründet am deutschen Volk mit unfer aller Aufgabe in Zukunft sein, Ihnen, der freiheitlich und republikanisch gesinnten Jugend, erliebt insbesondere die Aufgabe, das Werk, das in Weimar begonnen, das Werk, das uns den Weg aus dem Chaos gewiesen hat, zu führen und zu fördern. Die Einigkeit, das Bewußtsein des Rechts, aber auch das Bewußtsein der Pflichten am Vaterlande mögen Sie auf diesem Wege begleiten. So mögen Sie die Worte des Dichters verkünden, aufnehmen. So wollen wir heute unsere Wünsche vereinen für unsere Nation, deren Kinder wir sind, und der wir mit ganzem Herzen angehören. So rufen wir: Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland, das deutsche Volk hoch!“

Dann sprach Reichstanzler Dr. Wittb. Er betonte, daß nach den kühnen Worten, die hinter ihm liegen, es gerade jetzt seine Pflicht sei, dem deutschen Volk ein Wort der Ermutigung, ein Wort des Aushaltens zuzurufen. Alle in deutschen Ländern werden heute erkennen, daß das republikanische Deutschland lebt. „Bei unseren Flaggen, die heute um uns herum sich zeigen, gedanken wir auch in tiefer Wehmut all derer, die um der Fahne der Freiheit, um der deutschen Republik willen ihr Leben hingeben haben. Der Arbeiter müßte dann dem ermordeten Minister Rathenau den er als den großen Bahnbrecher der Völker-Verständigung bezeichnet, warme Worte des Gedankens und fuhr fort: „Wir erschließen unsere politische Arbeit nicht in der Rücksorge für unser Volk allein. Unser Ruf um Ver-

fassung der Völker soll aber ganz Europa, über die ganze Welt hinausgehen und all denen, die Menschheitsfragen tragen guten Willens sind, denen rufen wir zu: Das republikanische Deutschland grüßt alle Völker Europas.“

Glückwunschtelegramm des Präsidenten Harding

Berlin, 12. August. Anlaßlich der Verfassungsfeier hat Präsident Harding an den Reichspräsidenten folgendes Glückwunschtelegramm geschickt:

„Präsident Ebert, Berlin. Zur Wiederkehr des Tages, an dem Deutschland die republikanische Staatsform angenommen hat, bin ich glücklich, Ihnen meine aufrichtigsten guten Wünsche und meine Hoffnung auszudrücken, daß die Freiheit, die Sie dem deutschen Volk wiederhergestellt haben, die Grundlage für die Erringung der Einheit des Reichs werden möge. Ich bin zu einer guten Verständigung, zu Gedeihen und Glück fähig.“ Warren Harding.

Der Reichspräsident hat darauf geantwortet: „Präsident Harding, Washington. Aufwachtig erheit durch Ihr freundliches Gedächtnis unserer Verfassungsfeier, bitte ich, mit herzlichem Dank meine Wünsche entgegenzunehmen für das Wohlgehen der Vereinigten Staaten. Deutschland hofft, daß die gleichen Grundidee und Ideale zu einer guten Verständigung unserer gemeinsamen republikanischen Staaten und glücklichen Zukunft unserer Völker führen mögen.“ Ebert.

Auf dem Wege zum Kompromiß.

Neue unerträgliche Verpflichtungen?

Paris, 11. August. Das Kompromiß ist auf dem Wege und hat in einem Punkte bereits zu einer Einigung geführt. Nach einem gemeinsamen Frühstück in Downing Street hatten Poincaré, Lloyd George und Clemenceau heute vormittag 10 Uhr eine neue Unterredung, die bis 1 Uhr dauerte und nachmittags 6 Uhr wieder aufgenommen wurde. Die Verhandlung, die für 11 Uhr anberaumt war, ist verzögert worden. Die Verhandlungen brachen sich um den Kompromißpunkt. Der Kompromißpunkt des „Kompromiß“ in London glaubt zu wissen, daß ein Kompromiß in den ersten sechs der zehn vorliegenden Punkte erzielt wurde. Die Bedingungen des Artikels 7, der sich mit den staatlichen Kohngebühren des Ruhrgebietes und mit den staatlichen Kohngebühren auf dem linken Rheinufer bezieht, werden heute nachmittags fertiggestellt werden. Es wurde in folgenden Punkten ein Kompromiß erzielt: Deutschland wird ein Moratorium für die Zahlungen bis Ende 1922 erhalten. Die Sachleistungen bleiben aber bestehen, besonders für Holz und Kohle, und als Garantie werden die Ausgabegelder und der Staatshaushalt als Pfand der Beschlagnahme gewisser Zollentnahmen. Die daraus herabgehenden Summen werden von der Reparationskommission erhoben werden und während der Dauer des Moratoriums der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Der Vertrag der staatlichen Kohngebühren des Ruhrgebietes und der Staatshaushalt auf dem linken Rheinufer wurde als Sanktion dem Garantiefomitee zur Verfügung gestellt, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Frankreich würde für die geplanten Einkommensquellen ein Privileg eingeräumt werden. Als weitere Verpflichtung müßte Deutschland aufgeben, was die Kontrolle der Reichsfinanzen, das Garantiefomitee. Die Gegenwortschläge, die das englische Kabinett ausgearbeitet hat, sehen sich aus zehn Punkten zusammen, deren wichtigste sind:

1. Autonomie der Reichsfinanzen.
 2. Prozentige Ausfuhrabgabe.
 3. Beschlagnahme der Zölle.
 4. Kontrolle der Ruhrbewerte und der staatlichen Zahlungen im Rheinland.
- Die Punkte 5 bis 9 beziehen sich auf die Durchführung der vorgenannten Forderungen. Punkt 10 bestimmt, daß Deutschland für eine nicht genau bestimmte Zeitdauer ein Moratorium für die Zahlungen gewährt werden soll. Die Prozentige Ausfuhrabgabe würde als Garantie für eine internationale Anleihe dienen. Das Garantiefomitee soll seinen Sitz in Berlin aufschlagen. Es verlangt außerdem das obliche Kabinett die Entscheidungen über die internationalen Schulden in Betracht gezogen hat, wenn eine Einigung mit Poincaré nicht zustande käme. Poincaré soll erklärt haben, daß die Konferenz noch einige Tage dauern werde. Dies wird dahin ausgelegt, daß die Debatte erweiterter und die internationalen Schulden einbezogen werden sollen. Kriegserkenntnis in Frankreich einzuweisen werden. Das englische Kabinett wird sich heute nachmittag um neuem verhandeln.
- Von englischer Seite wird betont, daß die Sanktionsmaßnahmen nur dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland abschließend seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Ausweisung von 500 Deutschen.

Strasbourg, 11. August. Die Ausweisung der unerwünschten 500 Deutschen mit Familien aus Elsaß-Lothringen hat heute morgen begonnen. Der betreffenden war gestern mitgeteilt worden, daß sie heute morgen 8 Uhr, spätestens aber mittags die Grenze überquerten haben müßten. Sie wurden die Grenze mit ihren Familien nur einzeln überlassen. Jeder von ihnen durfte nur 30 Kilogramm Gepäck mitnehmen. Die Ausgewiesenen entkommen zum größten Teil Arbeiterfamilien.

Lloyd George amtsmüde?

Die Zukunft der englischen Politik.

Nach Meldungen, die aus London nach Amsterdam gelangt sind, und neben den Konferenzberichten einhergehen, soll sich Lloyd George entschlossen haben, spätestens im Herbst zurückzutreten und sich ins Privatleben zurückzuziehen. Angeblich rüsten auch die politischen Parteien an ihre Provinzorganisationen dringende Telegramme mit der Aufforderung: Neu zu wählen vorzubereiten. Der englische Ministerpräsident mag zu keinem Entschluß durch die Erfahrungen gekommen sein, die er in seinem Ringen mit Poincaré machte — schon während der Konferenz in Cannes und dann nach Genoa aufgere er Amtsmüdigkeit — sicherlich nicht aber vor allem die innerpolitischen Gründe mitteilnehmend. Die noch im Interesse geschaffene Regierungskoalition aus Liberalen und Konserverativen d. h. aus zwei Parteien, die sich sonst in England seit Jahrhunderten abwechselnd als Regierung und Opposition gegenüberstanden, hat zu einem Verfall der Parteiorganisationen geführt. Die Koalitionsmehrheit, der „Union“, zu dem alten bewährten System des Parteiwechsels zurückzuführen, besteht schon seit dem Sommer 1920, aber der Regierung eine regierungsfähigen Opposition, der für englische Politik voraussetzung jedes zu verhängenden Regierungsprogramms ist, wurde durch die lange Koalitionswirtschaft ausbleibt.

Bemerkenswert ist, daß Lloyd George selbst bisher die Organisation einer großen Oppositionspartei hintertriebt. Er vertrat bisher den Standpunkt, daß noch für eine Reihe von Jahren, solange die wirtschaftlichen und moralischen Nachkriegsverhältnisse nicht besser überwinden sind, das Koalitionsprinzip beibehalten werden müsse. Somit würde, so fürchtete er, bei der bürgerlichen Zersplitterung durch Steuern und wirtschaftliche Depression eine Linksregierung zu kommen, die das Chaos bedeutete. Spätere Selbstgespräche mögen aber Lloyd George als Staatsmann verschieden urteilen. Jedenfalls ist man sich heute in England einig, daß er immer ein ausgezeichneter Volks- und Wahlkämpfer war. Er hätte, daß die etwas künstliche Koalitionsparlament sich rasch auflösen, d. h. ihr Ansehen beim Volk bald verlieren und daher häufiger neu gewählt werden müssen, als das Zweiparteienparlament. Er war daher bisher selbst wiederholt bereit, Resignation zu machen, immer in der Hoffnung, als Herr der Koalition weiterzuerregieren. Wenn seine Rücksichtsgedanken jetzt allerdings ernst gemeint sind, gibt er auch die Koalitionsüberreste. Was aber dann? Ist Lloyd George der Retter Europas, den man nicht stehen lassen darf, eher er sein großes Werk vollendet? Oder wird erst mit seinem Sturz die Morgenröte einer neuen Weltordnung heraufdämmen? Beide Ansichten haben ihre Berechtigung unter der unrichtigen Gewissheit. Aber eine befriedigende Antwort gibt es nicht. Es ist unmöglich, den Kurs der britischen und auswärtigen Politik mit Sicherheit voraussagen zu können. Fest steht nur, daß jede Regierung, welche Partei sie auch angehört, gezwungen sein wird, den großen wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, von denen der Fortbestand und die Entwicklung des britischen Reiches abhängt.

Angenommen, der konservative Lloyd George, der harnichtige Verteidiger des französischen Bündnisses, der Vorsitzende des Britisch-Französischen Verbandes, der Freund des geistig verunglückten Lord Northcliffe, der Liebhaber der Times und der Morning Post, würde an der Spitze einer rein konservativen Regierung Ministerpräsident Lloyd George, so braucht Deutschland über diese Abwendung nicht zu verwirren. Die niedrigeren Geschäftspolitik des Engländers wird über die französischen liegen. Die Erkenntnis der französischen Gefahr und die Abneigung gegen den Pariser Imperialismus, die heute bereits die gebildeten Schichten Englands in weitgehendem Maße beherrscht, wird zum Allgemeinwohl des britischen Volkes und muß deshalb auch von seiner Regierung vertreten werden. Innererlei könnte eine liberale Regierung unter Grey oder Asquith nicht von heute auf morgen eine Politik der scharfen Ablehnung aller französischen Ansprüche treiben, und zwar umso weniger, als sie unter allen Umständen gezwungen wäre, der Arbeiterpartei einen starken Einfluß auch auf die auswärtige Politik einzuräumen. Die englischen Arbeiter aber wollen lieber die Verständigung mit Frankreich als den Bruch, weil dieser zu gewaltigen militärischen Verstärkungen und schließlich zum zweiten Weltkriege führen würde. So wenig also von irgendeinem Regierungswechsel in England eine plötzliche Besserung der außerpolitischen Lage Deutschlands zu erwarten ist, so wenig drängen die Verhältnisse allmählich zu einem Zusammenarbeiten Deutschlands und Englands hin. Seit Rathenau tot ist, läßt eine Lücke in der diplomatischen Arbeit. Und doch tut es Deutschland bitter not, daß die Lücke schleunigst geschlossen wird.

Heutiger Stand des Dollars 783!

